



PRESSEMITTEILUNG

Während wir heute das 64. Jubiläum des Internationalen Menschenrechtstages begehen – eines Tages, der an die Annahme der Erklärung der universellen Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen erinnert – ist es traurig zu sehen, dass einem Viertel der Menschheit die grundlegenden Menschenrechte weiterhin verweigert werden. Die Tibeter in Tibet sind dafür ein Beispiel. Die Regierung der Volksrepublik China verletzt anhaltend die grundlegenden Rechte der Tibeter, die in der Erklärung der universellen Menschenrechte und in zahlreichen internationalen Abkommen und Konventionen niedergelegt sind.

Infolge der Besetzung Tibets im Jahre 1949 und der dann folgenden Niederschlagung der friedlichen Proteste werden die bürgerlichen und politischen Rechte der Tibeter unterdrückt. Als Resultat der repressiven Politik Chinas sind wirtschaftliche Marginalisierung, soziale Ungleichheit, kulturelle Assimilierung und Umweltzerstörung die Regel unter der kommunistischen Herrschaft. Im Widerspruch zu Chinas Behauptung, die Lebensbedingungen in Tibet hätten sich verbessert, hat sich die Lage in Tibet in Wirklichkeit deutlich verschlechtert, so dass Tibeter zu noch nie dagewesenen Verzweiflungsakten wie Selbstanzündungen greifen. Bis heute haben sich seit 2009 78 Tibeter selbst in Flammen gesetzt, und 64 von ihnen sind an den Folgen gestorben. Alle riefen nach einer Rückkehr des Dalai Lama und Freiheit für die Tibeter.

Heute endet auch der historische Fackellauf "Flamme der Wahrheit", der mit drei Forderungen am 6. Juli 2012 in Dharamsala, Indien, begann und seit dem Start weltweit an die tragische Situation in Tibet erinnerte. Zwei Mitglieder des Tibetischen Parlaments im Exil werden die mit dem Fackellauf verbundene Petition und die gesammelten Unterschriften an die UN-Menschenrechtskommissarin überreichen. Die Petition fordert die Erfüllung der Kerninhalte der UN-Resolutionen zu Tibet von 1959, 1961 und 1965. Sie fordert auch die UN dringend auf, eine unabhängige Untersuchungsmission nach Tibet zu entsenden, um die gegenwärtige Krise zu untersuchen und sich gegenüber dem Anliegen des tibetischen Volkes verantwortlich zu zeigen.

Der Menschenrechtstag ist für Menschen und Regierungen eine Zeit der Besinnung auf die Bedeutung, die Wichtigkeit und Notwendigkeit von grundlegenden Rechten. Wir sagen der chinesischen Regierung in aller Deutlichkeit, dass der einzige Weg zu wahren Frieden und Stabilität in Tibet über die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte der Tibeter führt. Wir fordern China dazu auf, sämtliche politischen Gefangenen freizulassen, die unter allen möglichen Vorwänden und ohne faire Verhandlung verurteilt wurden, und die repressive Politik, wie sie in allen tibetischen Regionen ausgeübt wird, zu beenden, sowie die Situation in Tibet friedlich im Dialog zu lösen. Wir fordern die chinesische Führung auch dazu auf, die insgesamt 12 Anfragen von mehreren UN-Menschenrechtsorganen zu Tibet-Besuchen zu gutzuheissen.

Wir begrüssen die kürzlich abgegebene, sehr deutliche Stellungnahme der UN-Menschenrechtskommissarin, Frau Navi Pillay, zur gegenwärtigen Situation in Tibet, und bitten die Vereinten Nationen dringend, sich weiter mit der Tibet-Problematik und der pendenten Forderung nach einer Untersuchungsmission nach Tibet zu befassen, damit sich diese aus erster Hand über die Situation in Tibet informieren kann.

Wir möchten diese Gelegenheit auch nutzen, um die Schweizer Regierung und Bevölkerung dazu aufzufordern, unseren Kampf für Gerechtigkeit und menschliche Würde zu unterstützen.

Wir appellieren an die Menschen in der ganzen Welt, an die Medienschaffenden, die Internationale Gemeinschaft und die Regierungen, Untersuchungsdelegationen nach Tibet zu entsenden, um sich unmittelbar ein Bild von den gravierenden Menschenrechtsverletzungen zu verschaffen.

Kontakt: Lobsang Gangshontsang, Präsident, Tel: 079 442 34 05